

## § 1 Ö

### Bürgerfragestunde

#### Auszüge:

Bürgermeister  
Stadtbauamt

#### **Fortschreibung des Regionalplans SBH (Windenergieanlagen, WEA)**

**Herr Willi Harpain**, 1. Vorsitzender der Forstgemeinschaft Kirchberg, übergibt dem Vorsitzenden ein Schreiben mit der Bitte um Berücksichtigung.

**Frau Susanne Sailer** liest eine Stellungnahme zur Fortschreibung des Regionalplans SBH vor (Anlage 1).

**Mehrere Bürger/innen** äußern ihre Anliegen und richten Fragen an den Vorsitzenden und den Gemeinderat (Anlage 2).

**Frau Ulrike Rupp** äußert ihr Anliegen und richtet Fragen an den Vorsitzenden und den Gemeinderat (Anlage 3).

**Frau Annegret Rebholz** fragt, wie viel Wald werde wegen den WEAs gerodet und wie viel Stahl und Beton werde dafür benötigt.

**Eine Bürgerin** moniert, die Wohngebäude aus dem Umfeld der WEAs würden an Wert verlieren; wer hafte dafür?

**Frau Susanne Sailer** sieht es kritisch, dass der hier erzeugte Strom gar nicht vor Ort genutzt werde.

**Herr Werner Rosenfelder** äußert sich skeptisch hinsichtlich des Rückbaus der WEAS und den damit zusammenhängenden Kosten. Was passiere, wenn eine WEA brenne? Dies sei höchst gesundheitsschädlich. Er sei nicht grundsätzlich gegen die WEAs, aber alles müsse mit Maß und Ziel geschehen. In Anbetracht des vollen Sitzungssaals sollte die nächste Sitzung in der Stadthalle stattfinden, und im Hinblick darauf sollte eine öffentliche Bekanntmachung erfolgen. So wie heute sehe es nach undercover aus.

**Ein Bürger** meint, Recht sei sehr biegsam. In wenigen Jahren entscheide jemand anders, bis dahin sei der Wald aber kaputt. Man müsse doch auch an später denken.

**Ein Bürger**, Mitglied der Flugsportgruppe Sulz, teilt mit, der ca. 1990 genehmigte Flugplatz sei in keiner Karte vermerkt; warum werde er nicht berücksichtigt?

**Eine Bürgerin** fragt, was mit den Lebewesen der zu rodenden Waldflächen passiere. Es könne doch nicht allgemeiner Wunsch sein, dass alles zerstört werde.

**Frau Christel Stein** weist darauf hin, die Dicke sei als Hagelgebiet ausgewiesen.

**Eine Bürgerin** fragt, was denn passieren könne, wenn sich die Bürgermeister von Sulz, Vöhringen und Rosenfeld zusammentun und kundtun würden, bei dieser Sache nicht mitzumachen. Was hätten sie denn für Nachteile? Künftig sei mit ganz anderen Energiequellen zu rechnen.

**Ein Bürger** fragt, wie alt ein Baum auf dem Kirchberg wohl werde. 80 Jahre? 100 Jahre? Noch mehr? Es bräuchte 5-7 WEAs, um das Lebensalter eines Baums zu erreichen. Die Bürger, die die zu rodenden Bäume gepflanzt hätten, würden sich im Grab umdrehen.

**Ein Bürger** meint, die Alternative zu den WEAs sei, Bäume zu pflanzen.

**Eine Bürgerin** fragt, ob es sich um eine kommunale Verpflichtung oder um eine Kann-Vorschrift handle.

**Der Vorsitzende** erwidert, dazu und zu einigen weiteren gestellten Fragen werde Herr Herzberg vom RV SBH beim nächsten Tagesordnungspunkt Stellung nehmen. Herr

Herzberg sei da, um zu informieren, damit der Gemeinderat in der nächsten Sitzung über die Stellungnahme der Stadt an den RV SBH beraten könne. Er hoffe, dass in der nächsten, erneut öffentlichen, Sitzung die Öffentlichkeit wieder gut vertreten sei. Davor würden die Ortschaften natürlich beteiligt. Von undercover, heute und künftig, könne keine Rede sein. Die heutige Sitzung sei ordnungsgemäß im Mitteilungsblatt öffentlich bekanntgemacht worden. Entscheidungen zu bestimmten Projektentwicklern oder Gebieten seien noch nicht gefallen, auch nicht zur RES-Gruppe oder zum Tonau-Wald. In einer der nächsten Sitzungen werde dem Gemeinderat eine Entscheidungsmatrix vorgelegt. Inwieweit ein Bürgerentscheid basisdemokratisch sei, wisse er nicht, der Gemeinderat sei es jedenfalls. Ein eventueller Bürgerentscheid müsse jedenfalls gemäß GemO durchgeführt werden. Zur Frage, ob er zu einem Gespräch mit betroffenen Bürgern aus Wolfach bereit sei, könne er entgegenen, mit dem Bürgermeister von Wolfach gesprochen zu haben, und das zähle erst mal. Um Fragen nach der notwendigen Menge an Stahl und Beton zu beantworten, sei er technisch zu wenig beschlagen. Diesbezüglich sei die Info-Veranstaltung der RES-Gruppe von Interesse gewesen, so wie er auch auf künftige Info-Veranstaltungen verweisen könne. Grundsätzlich werde die Planung von entsprechenden Gutachten begleitet, für technische Anforderungen trage grundsätzlich der Projektierer die Verantwortung. Und wenn dieser bankrott gehe, würden im Zweifel die Gerichte entscheiden. Die Frage zu einem eventuellen Wertverlust von Immobilien sei interessant, könne aber nicht ohne Weiteres beantwortet werden. Die Pachtverträge würden mittels Rückstellungen gesicherte Rückbauverpflichtungen enthalten. Wenn es mal andere Technologien gebe, würden die WEAs auch abgebaut. Den WEAs liege keine Ideologie zugrunde, aber ein gesetzlicher Auftrag. Die Stadt habe ihren Beitrag zum Flächenziel zu leisten. Er als Bürgermeister stehe für das Wohl aller Bürger ein. Der Flugplatz und das Drehpunktfeuer würden Eingang in die städtische Stellungnahme finden und würden im weiteren Verfahren sicher gewürdigt.

**Frau Ulrike Rupp** meint, der Vorsitzende äußere zu oft, alles liege in den Händen des Projektierers.

**Der Vorsitzende** entgegnet, es liege in den Händen des Gemeinderats, die Projektierer anzuhalten, ihre Hausaufgabe gründlich zu machen. Rein technischen Sachen könne ein Projektierer besser nachkommen und technische Fragen könne nun mal ein Projektierer besser beantworten. Schließlich wolle er seine Freude über die breite Beteiligung der Bürger ausdrücken, für den Gemeinderat und den Regionalverband sei es wichtig, zu wissen, was die Bürger beschäftige.

## § 2 Ö

### **Fortschreibung des Regionalplans Schwarzwald-Baar-Heuberg Teilplan "Regionalbedeutsame Windkraftanlagen" und Teilplan "Freiflächen- photovoltaik"**

Sachbearbeiter: Hils, Catrin

Auszüge:  
Baurecht

**Der Vorsitzende** begrüßt die Herren Marcel Herzberg und Frank Kosse vom Regionalverband Schwarzwald-Baar-Heuberg (RV SBH).

**Die Herren Herzberg und Kosse** stellen den Sachverhalt entsprechend der Beratungsvorlage 030/2024 und anhand einer Präsentation (Anlage) dar.

**StR von Stromberg** fragt, warum die WEAs so exorbitant hoch seien. Und müssten sie nicht, je höher sie seien desto weiter entfernt von Wohnorten stehen?

**Herr Herzberg** erwidert, bei den modernen Anlagen seien die Höhen Standard. Im Regionalplan würden die Höhen nicht festgesetzt, dies würden die Projektierer entscheiden. Die Höhen der WEAs seien für deren Mindestabstand zu bebauten Gebieten nicht ausschlaggebend. Immer seien es 750 m zu Wohnorten und 500 m zu Gehöften im Außenbereich.

**StR Nübel** nimmt Bezug auf die in einem Plan rot gekennzeichneten Flächen, die vom Regionalverband vorgeschlagen worden seien, und fragt, wenn dieser Vorschlag nicht durchgehe, dann die in einem anderen Plan gelb gekennzeichneten Flächen gelten würden. Und habe der Gemeinderat Einfluss in die privaten Grundstücke?

**Herr Herzberg** erwidert, man gehe mit mit einem Flächenanteil von 2,3 % ins Verfahren, da man davon ausgehen müsse, dass am Ende weniger übrig bleibe. Wenn man mit 1,8 % beginne, im Verfahren dann Flächen gestrichen würden, würde zu wenig übrig bleiben. Der Regionalverband plane eigentümergeutral, der Plan habe keine enteignende Wirkung. Entscheiden tue einzig der Eigentümer.

**Der Vorsitzende** betont, sollte es nicht die Stadt auf ihren Grundstücken tun, könnten es andere auf ihren Grundstücken ermöglichen.

**StRin Klaussner** meint, sie habe nichts gegen regenerative Energien, die Watt-Zahl sollte aber heruntergesetzt werden, von 190 auf vielleicht 50.

**Herr Herzberg** entgegnet, die Stadt könne dies in ihre Stellungnahme aufnehmen.

**StR Amon** meint, die WEAs sollten schon auf städtischen Grundstücken entstehen, da man dadurch auch entsprechende Einnahmen habe. Der Gemeinderat entscheide, welche Flächen einbezogen würden, welches das geringste Übel sei. Das Gremium

müsse erfahren, welche Flächen sich in öffentlicher Hand befinden und welche Flächen bewaldet seien.

**Der Vorsitzende** erwidert, diese Informationen könnten in der März-Sitzung geliefert werden.

**StR Stiehle** weist darauf hin, den Landkreis Rottweil und die Stadt Sulz a.N. treffe es besonders stark, von Gerechtigkeit könne keine Rede sein.

**Herr Herzberg** entgegnet, es seien nun mal insbesondere die Windhöflichkeit, die Abstände zu Siedlungsgebieten und der Artenschutz, die zur Verteilung der WEA-Flächen führen.

**StRin Kuhring** äußert, sie teile die Bedenken nicht unbedingt. Warum müsse aber alles im Wald stattfinden? Der Wald werde extrem belastet. Und könne der Gemeinderat entscheiden, dass bestimmte Flächen verkleinert oder gar gestrichen werden?

**Herr Herzberg** meint, die Stadt könne in ihrer Stellungnahme alles vorbringen, je sachlich konkreter und fundierter sie sei, desto eher könne sie von Erfolg gekrönt sein. Grundsatzargumente würden aber eher nicht zur Herausnahme von Standorten führen.

**StRin Klaussner** fragt, ob dahingehend ein Handel mit anderen Regionen möglich sei, in Sulz a.N. weniger und anderswo mehr Flächen für WEAs festzusetzen. Sei es möglich, die Präsentation des RV SBH den Gemeinderäten zukommen zu lassen?

**Herr Herzog** meint, man werde kaum jemanden finden, der einen derartigen Handel eingehen würde.

**Der Vorsitzende** ergänzt, die Präsentation könne man den Gemeinderäten zukommen lassen, auch befinde sie sich im städtischen Ratssystem. In der GR-Sitzung nächsten Monat werde das Gremium beschließen, wie die Stellungnahme an den RV SBH aussehe.

**Das Gremium nimmt die schriftlichen und mündlichen Ausführungen der Verwaltung und des RV SBH zur Kenntnis.**